

Isabel Kling

Pressesprecherin

Telefon (0711) 20 63-819 und -815

Mobil: 0172-7338969

Isabel.kling@cdu.landtag-bw.de

Haus der Abgeordneten 70173 Stuttgart

12. September 2013

P r e s s e m i t t e i l u n g

Nr. 163/2013

Fraktionsvorsitzende der CDU- Landtagsfraktion Peter Hauk MdL und der hochschulpolitische Sprecher Dr. Dietrich Birk MdL:

„Wir fordern von der Regierung einen Neustart in der Diskussion um und mit den Musikhochschulen“

„Das Konzept der Wissenschaftsministerin ist gescheitert, daran gibt es keinen Zweifel mehr! Auch wenn der Ministerpräsident mit wachweichen Worten an den ‚Rahmenbedingungen‘ des Konzepts festhalten will, ist es doch hinfällig. Wir fordern nun einen Neustart. Die Regierung muss sich mit den Betroffenen an einen Tisch setzen und eine saubere Lösung suchen, um verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen“, sagten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Hauk MdL, und der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Dietrich Birk MdL, am Donnerstag, (12. September) in Stuttgart.

„Die Landesregierung ist jetzt in der Pflicht, eine Denkpause einzulegen und die Verwerfungen in der herausragenden baden-württembergischen Musikhochschullandschaft zu glätten. Wir fordern einen neuen ergebnisoffenen Strategie- und Entwicklungsprozess, der tatsächlich unter enger und transparenter Einbeziehung der betei-

ligten Musikhochschulen und unter Einschaltung eines externen Moderators mit hoher Reputation in Wissenschaft und Kunst, in Form einer öffentlichen Diskussion und Anhörung mit Fachexperten erfolgt. Die Wissenschaftsministerin hat Vertrauen verspielt, sie kann dabei nicht an der Spitze einer neuerlichen Fachkommission stehen“, betonten Hauk und Birk.

Mit Blick auf die jüngsten Aussagen des Ministerpräsidenten, in denen er Fehler in der Debatte um die Neuorganisation der Musikhochschulen zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung eingeräumt hat, warnte die CDU-Landtagsfraktion auch eindringlich davor, weitere Schnellschüsse abzufeuern – es muss jetzt verantwortungsvoll und mit Bedacht gehandelt werden, das bedeutet unter anderem, die Verhandlungen zum Solidarpakt III im Herbst abzuwarten, um die künftigen finanziellen Rahmenbedingungen für die gesamte Hochschullandschaft zu kennen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat auf ihrer Klausur in Konstanz einen Thesenpapier verabschiedet, das sie der Landesregierung übergeben wird.



Thesenpapier der CDU-Landtagsfraktion zu den baden-württembergischen Musikhochschulen

Vertrauen schaffen, Zukunft ermöglichen:

Die baden-württembergischen

Musikhochschulen benötigen Dialog und Verlässlichkeit!

Ausgangslage

Der Rechnungshof Baden-Württemberg hat anlässlich einer Untersuchung vorgeschlagen, auf 500 Studienplätze an den Musikhochschulen zu verzichten und 5 Millionen Euro jährlich bei den Musikhochschulen des Landes einzusparen. Als Antwort auf den Rechnungshof hat das MWK übereilt und in einem Hau-Ruck-Stil ein Eckpunktepapier für eine Strukturreform der baden-württembergischen Musikhochschulen vorgelegt, das insbesondere an den Hochschulen Trossingen und Mannheim zu empfindlichen qualitativen und quantitativen Einschnitten führt und die dort gewachsenen Strukturen zerschlägt.

Das Konzept zur Weiterentwicklung der baden-württembergischen Musikhochschulen rief allerdings nachvollziehbar massiven Protest vor allem in Mannheim und Trossingen hervor, mobilisierte aber auch die Jazzszene in der Region Stuttgart. Es gilt als inhaltlich unausgewogen und handwerklich schlecht gemacht. Entgegen den Verlautbarungen des MWK wurde es auch an den beteiligten Musikhochschulen vorbei beschlossen:

Zwei sollen die Hauptlast tragen, die übrigen drei bleiben weitgehend unangetastet.

Hauptkritikpunkte

Mit ihrem vorgelegten Konzept verfolgt das MWK keine Neustrukturierung der Musikhochschullandschaft, sondern betreibt einen Kahlschlag zu Lasten von Trossingen (27 von 29 Studiengänge werden gestrichen) und Mannheim (Verlust von Klassik und Schulmusik). Daran ändert auch nichts die für den Standort Trossingen vorgesehene Musikakademie und die für Mannheim vorgesehene Fusion zwischen der Musikhochschule und der Popakademie. Die bundesweit einzigartige dezentrale baden-württembergische Musikhochschullandschaft würde de facto zerschlagen.

Ebenso kritisch muss die Verlagerung des Studiengangs Jazz/Populärmusik von Stuttgart nach Mannheim gesehen werden, zumal damit das in Stuttgart entwickelte Jazz/Pop-Profil verloren ginge und die über Jahrzehnte aufgebaute, mittlerweile blühende Jazzszene in Stuttgart durch Verlagerung des Studienganges Jazz-/Populärmusik nach Mannheim erheblichen Schaden nehmen würde, was insgesamt auch zu einem Rückschlag der Kreativszene in der Region Stuttgart führen würde.

Die Eingliederung der Popakademie in die Musikhochschule Mannheim unter gleichzeitiger Streichung der Klassik- und Schulmusikausbildung führt zu einem faktischen Verdrängen der Musikhochschule Mannheim. Ob und in wie fern bisherige Alleinstellungsmerkmale der Popakademie Mannheim bei einer Fusion erhalten blieben, ist sehr zweifelhaft und in Bezug auf die bisherige und künftig ebenso gewünschte dynamische Entwicklung der Popakademie stark zu hinterfragen.

Die für Trossingen ins Auge gefassten überproportionalen Kürzungen gefährden massiv den gewachsenen Hochschulstandort, zerstören ihren Charakter als Vollhochschule und einzige Musikhochschule im Ländlichen Raum. Nicht gewürdigt im Eckpunktepapier ist außerdem die Bedeutung der Musikhochschule Trossingen für die Laienmusik in Chören und Orchestern der Region. Aktuell und in Zukunft werden verstärkt Studierende und ausgebildete Musiker für die Chorleitung, für Blasmusikvereine, für die Kirchengemeinden, für Musikschulen und vieles mehr benötigt!

Mit den Kürzungsplänen entzieht das MWK den Musikhochschulen in Trossingen, Mannheim und Stuttgart den Boden für die über Jahrzehnte gewachsene künstlerische und ausbildungsbezogene Kooperation und den engen Austausch mit künstlerischen und kunstpädagogischen Institutionen (Hochschulen, Orchester, Theater) auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene.

Es wurde seitens des MWK der Eindruck erweckt, als ob das vorgelegte Strukturkonzept mit allen Beteiligten erarbeitet worden sei. Dies wird aber nachdrücklich von Seiten Trossingens und Mannheims bestritten und abgelehnt. Weder die betroffenen Studiengangsleiter, Professoren sowie Studenten, noch die jeweiligen Hochschulorgane (Senate, Hochschulräte), Landesstudierendvertretung/ASTen wurden in den Prozess der Konzepterstellung einbezogen, es wurde kein Dialog mit ihnen gesucht – sie wurden von dem Konzept völlig vor den Kopf gestoßen. Auch innerhalb der Landesregierung und zwischen den Koalitionspartnern war das MWK-Konzept in keiner Weise abgestimmt. Inzwischen hat sich selbst der Ministerpräsident zu Wort gemeldet und dem Konzept der Wissenschaftsministerin die vorbehaltlose Unterstützung versagt.

Mit Blick auf die jüngsten Äußerungen des Ministerpräsidenten – er hat Fehler in der Debatte um die Neuorganisation der Musikhochschulen zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung eingeräumt – stellt sich auch die Frage, warum ein Strukturvorschlag isoliert für die Musikhochschulen gemacht wurde, ohne überhaupt die künftigen Rahmenbedingungen für die baden-württembergische Hochschullandschaft insgesamt zu kennen. Diese Rahmenbedingungen werden sich erst im Zuge der Neuverhandlungen zum Solidarpakt III im Herbst manifestieren. Die diesbezüglichen Verhandlungen und damit die künftige Finanzierung der Hochschulen sollte dringend abgewartet werden, um dann mit genauer Kenntnis der Parameter Strukturveränderungen (gegebenenfalls) vorzunehmen.

Wir fordern:

Die von der Wissenschaftsministerin vorgelegten Vorschläge haben den sehr guten Ruf der Musikhochschulen in Baden-Württemberg nach innen und außen erheblich beschädigt und das positive Image Baden-Württembergs als Kulturland der

Spitzenklasse beeinträchtigt. Um weiteren Schaden abzuwenden, fordern wir die Wissenschaftsministerin auf, das Eckpunktepapier vollständig zurückzuziehen, um für die wichtigen Struktur- und Zukunftsfragen der Musikhochschulen in Baden-Württemberg einen Neustart zu ermöglichen!

Die derzeitige Kommunikation der Musikhochschulen untereinander und zum MWK ist teilweise empfindlich gestört und geprägt durch ein Klima des Misstrauens und der Blockade. Bevor überhaupt ein neuer Dialog zur Zukunft der Musikhochschulen erfolgsversprechend begonnen werden kann, ist es dringend erforderlich, eine neue Vertrauensgrundlage zwischen den Musikhochschulen untereinander sowie zum MWK herzustellen. Der Ministerpräsident ist als Vermittler gefordert, auf die Musikhochschulen zuzugehen und zu einem offenen Dialog einzuladen, mit dem Ziel, atmosphärische Störungen abzubauen und verloren gegangenes Vertrauen zum verantwortlichen Fachministerium wiederherzustellen.

Es muss ein komplett neuer ergebnisoffener Strategie- und Strukturentwicklungsprozess initiiert werden! Dieser Prozess muss unter enger und transparenter Einbindung der fünf Musikhochschulen, den Studierenden und dem Landtag erfolgen! Als erster Schritt hin zu einem dialogorientierten Strategie- und Strukturentwicklungsprozess sollen im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Wissenschaftsausschuss zunächst die aktuellen und künftigen Rahmenbedingungen der Musikhochschulen beispielhaft auch unter den Aspekten des Fächerspektrums, der Arbeitsmarktperspektiven für Musiker, der Internationalität, der Wettbewerbssituation im In- und Ausland, der Finanzierung (Stichwort Studiengebühren für Nicht EU-Ausländer) sowie weiterer Fragen- und Themenkomplexe unter Beteiligung von Sachverständigen auch aus dem In- und Ausland beleuchtet werden.

Die kunst- und kulturpolitische Verantwortung des Landes muss angemessen wahrgenommen, der bildungspolitische Auftrag trotz Konsolidierungsbemühungen ernst genommen werden. Insofern empfiehlt sich die Begleitung dieses Prozesses durch einen externen Sachverständigen, der die verschiedenen Interessen der Musikhochschulen und des Landes objektiv in Ausgleich bringen kann. Nach dem bisherigen Desaster können Ministerin Bauer und ihr Haus dies offensichtlich nicht

mehr leisten. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, diese Aufgabe einer Fachkommission zu übertragen, an der Spitze mit einer Persönlichkeit als externem Moderator mit hoher Reputation in Wissenschaft und Kunst.

Folgende Eckpunkte für ein Gelingen solch einer Reform sind für die CDU-Landtagsfraktion essentiell:

- Profil- und Schwerpunktbildungen werden unumgänglich sein, diese müssen aber mit Bedacht und unter Berücksichtigung der Besonderheiten und Stärken der jeweiligen Musikhochschulen und ihrer Regionen gefunden werden.
- Das bedeutet: Verschlanung und Umstrukturierung mit Maß und Verstand. Strukturelle Neudefinition aller fünf Standorte unter Beachtung der gewachsenen Identifikation des Standortes und der Menschen mit ihrer Hochschule!
- Erhaltung und Förderung der dezentralen Musikhochschulstrukturen unter Einbindung der Laienmusikverbände. Ohne Breite keine Spitze! Keine weitere Schwächung des ländlichen Raumes.
- Beachtung und Berücksichtigung der Bedeutung gerade der dezentral gelegenen Musikhochschulen für die Musikschulen in der Umgebung und damit für das Bildungsland Baden-Württemberg.
- Umfassendere Kooperationsmöglichkeiten müssen eruiert, Synergieeffekte ausfindig gemacht werden.
- Keine isolierte Betrachtung von potenziellen Einsparmöglichkeiten nur bei den Musikhochschulen, sondern Einbeziehung der künftigen Rahmenbedingungen im Zuge der Neuverhandlungen zum Solidarpakt III.
- Ein fraktionsübergreifender Konsens muss im Sinne der kulturellen, künstlerischen und musischen Breite in Baden-Württemberg gefunden werden.